Zeitschrift: Sprachspiegel : Zweimonatsschrift
Herausgeber: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache
Band: 10 (1954)
Heft: 4-5

Artikel: Die Konjunktur
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-420330

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mit th, ph, rh (Otto Basler, Deutsche Rechtschreibung, Regeln und Wörterverzeichnis, Verlag von R. Oldenbourg, München-Düsseldorf 1952, das zum gebrauch in bayrischen schulen und amtsstuben dient). — Ferner hat sich bei uns in der Schweiz die antiqua oder eine ähnliche schreibschrift durchgesetzt, und sie dringt auch im druck immer mehr vor, während dieser prozeß in Deutschland und Österreich noch etwas weniger weit gediehen ist, wenigstens in bezug auf die schreibschrift.

Während Duden als nächsten schritt zu einer vereinfachung das fallenlassen der dehnungszeichen nennt, hat die reformbewegung, die seit seinem tode entstanden ist, den wegfall der großen buchstaben, die er erst am schluß seiner wunschliste aufführt, in die erste linie gestellt. Die abstimmung unter der deutschschweizerischen Lehrerschaft von 1950/51 hat gezeigt, daß gerade dieser punkt heute im mittelpunkt des interesses steht. Es ist ja auch der punkt, in dem sich sozusagen alle reformer einig sind — höchstens, daß eine kleine anzahl extremer die radikale kleinschreibung anstrebt, wie übrigens schon Jakob Grimm —, während die meisten mit der gemäßigten kleinschreibung (große buchstaben am satzanfang, bei persönlichen und geografischen eigennamen und den höflichkeitsformen) zufrieden sind. Auf einer bevorstehenden rechtschreibkonferenz müssen natürlich all die angetönten fragen zur sprache kommen.

Wie die stellung Konrad Dudens zu denselben sein würde, geht aus dem oben angeführten deutlich und klar hervor. Grundsätzlich würde er all diese probleme im sinne einer vereinfachung lösen wollen; die frage wäre für ihn nur: Wofür ist die zeit heute reif geworden? Was ist heute an veränderungen tragbar?

Die Konjunktur

„Botschaft des Großen Rates des Kantons Bern zum Gesetz über die Förderung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft vom Mai 1952" — so war die Vorlage betitelt, mit der dem Stimmbürger die Annahme eines neuen Gesetzes empfohlen werden wollte oder sollte. Der Botschaft folgte dann der eigentliche Gesetzestext als Entwurf.

Als beflissener Stimmbürger nahm ich die Vorlage zur Hand, um mir ein unbefangenes Urteil zu bilden. Glücklicherweise war wohl die

Zahl derer, die die sechs Seiten umfassende Vorlage wörtlich lasen, sehr gering; andernfalls wäre es ihnen bei der Volksabstimmung vom 5. Oktober 1952 wohl ähnlich ergangen wie mir: Nahm es, sah es, las es — aber nicht bis zu Ende, und — warf es in den Papierkorb. Oder ist bloß das Herz des Sprachreinigers verletzt worden? Der geneigte Leser möge entscheiden.

Der erste Abschnitt ist überschrieben: Konjunkturpolitische[1] Zielsetzung. Erster Satz: „Die staatliche Konjunkturpolitik[2] kann nur dann positive Ergebnisse zeitigen, wenn sie nicht allein von einigen Amtsstellen, sondern von der Gesamtheit aller Wirtschaftstätigen, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Produzenten und Konsumenten getragen wird. Der Staat hat sich darauf zu beschränken, die Voraussetzungen zu schaffen, die es der Privatwirtschaft ermöglichen, aus eigenem Antrieb und mit eigenen Mitteln auf einen bessern Konjunkturausgleich[3] hinzuwirken." Macht man mit derartigen Sätzen dem Durchschnitts-Stimmbürger eine Vorlage mundgerecht? Der Verfasser der Botschaft scheint den Ausdruck „Konjunktur", den man vor einigen Jahrzehnten kaum gekannt hat, dem Leser so recht einprägen zu wollen, und fährt im folgenden Satze fort wie folgt: „So verständlich die Tendenz nach vermehrten Investitionen in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwunges und nach Zurückhaltung bei Konjunkturrückgang[4] vom Standpunkt des Unternehmers ist, läuft sie doch den Erfordernissen einer möglichst reibungslosen Konjunkturgestaltung[5] zuwider." Im folgenden Satz ist dann — dies sei lobend erwähnt — der Ausdruck: „Wirtschaftsaufschwung" vorhanden. Weil aber der in die Konjunktur verliebte Verfasser nicht davon lassen kann, fährt er fort: „Die solcherart eingesparten Mittel aber sollten auf die Seite gelegt und erst bei Konjunkturrückbildung[6] für Anschaffungen und Aufträge verwendet werden. Durch verschiedene verwaltungsinterne Anweisungen hat der Bundesrat die einzelnen Bundesverwaltungen wie auch die Regiebetriebe des Bundes in den letzten Jahren zu einer konjunkturpolitisch[7] zweckmäßigeren Verteilung ihrer Aufträge und Aufwendungen angehalten." Der Absatz schließt mit folgendem schönem Satz: „Heute handelt es sich darum, geeignete Maßnahmen zu treffen, durch die die private Wirtschaft ohne Antastung der Entscheidungsfreiheit und Selbstverantwortung des Unternehmers angespornt und aufgemuntert

werden könnte, zur Zeit des Konjunkturauftriebes[8] ebenfalls Zurückhaltung zu üben und aufschiebbare Arbeiten, Anschaffungen und Investitionen erst nach erfolgter Konjunkturumkehr[9] vorzunehmen." Der langen Rede kurzer Sinn würde in geläufigem Deutsch lauten: Spare in der Zeit, so hast du in der Not.

Damit wäre der einfache Bürger wohl eher zu Sparsamkeit ermuntert worden.

Aber nicht genug damit. Der Abschnitt II ist betitelt wie folgt: „II. Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft als Mittel zum Konjunkturausgleich[10]."

„Die fiskalische Behinderung konjunkturgerechten[11] Verhaltens von Unternehmungen, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung begünstigt werden, liegt im Wesen unserer Steuergesetzgebung begründet. Der Betriebsinhaber, der davon absieht, seine konjunkturbedingten[12] Mehrerträge sogleich zu Anschaffungen und Aufwendungen aller Art auszugeben usw. Im Interesse der Verhütung allzu heftiger Konjunkturschwankungen[13], inflationärer Übersteigerungen und nachfolgender empfindlicher Kriseneinbrüche scheint es daher dringend geboten, das Problem einer Entschädigung privater Unternehmungen für die fiskalische Benachteiligung, die ihnen aus der Befolgung der konjunkturpolitischen[14] Empfehlungen und Ermahnungen erwächst, einer allgemeinen und grundsätzlichen Lösung entgegenzuführen."

Dem Leser darf auch der nachfolgende Satz auf Seite 5 der Botschaft nicht vorenthalten werden:

„Entscheidendes ist gewonnen, wenn es gelingt, die private Wirtschaft durch geeignete Vorkehren dazu zu bewegen, einen Teil ihrer Mehrerträge in der heutigen wie in kommenden Konjunkturperioden[16] einer besondern Arbeitsbeschaffungsreserve zuzuweisen, um in Zeiten der Konjunkturrückbildung[16] und drohender Krisenaufträge Anschaffungen und Investitionen finanzieren zu können. Gegenüber den herkömmlichen Mitteln der Konjunkturpolitik[17] weisen solche Rücklagen den Vorzug auf, daß sie sowohl der Eindämmung der Überkonjunktur[18] als auch der Wirtschaftsbelebung in Zeiten der Depression dienen." Auf der nämlichen Seite lesen wir: „Die Arbeiten und Aufträge, die der Unternehmer unterläßt, während er seine betrieblichen Arbeitsbeschaffungsreserven äufnet, wird er zu einem großen Teil

vermutlich dann nachholen, wenn er in Zeiten rückläufiger Konjunktur[19] dazu veranlaßt werden kann, die während der Aufschwungperiode zurückgelegten Mittel zu verwenden."

Auch im nachfolgenden Abschnitt: „Förderung der Reservebildung durch Ausgleich der Steuerbelastung" wiederholen sich die so beliebten Ausdrücke wie Konjunkturzeiten[20], Konjunkturrückbildung[21], Hochkonjunktur[22] und konjunkturpolitisch[23] — alle auf der nämlichen Seite. Begnügen wir uns damit, festzustellen, daß auf zwei Seiten das Fremdwort „Konjunktur" zwanzigmal erscheint.

Wenn diese Blütenlese den Leser zu Sparsamkeit ermuntert oder sonst erheitert oder gar den Verfasser der Botschaft zur Selbstbesinnung aufrufen sollte, so ist der Zweck dieser Zeilen erfüllt.

Bern, den 21. November 1953 P. v. G.

Nachwort des Schriftleiters. In einem Briefe teilt uns der Mitarbeiter einige Ausdrücke mit, durch die man die ewige „Konjunktur" hätte ersetzen können. In den meisten Fällen genügt das Wort „Wirtschaft" oder eine Ableitung davon, manchmal auch „Geschäftsgang". „Konjunktur" ist eine Ableitung von lat. conjungere = verbinden. (Daher auch „Konjunktion" für das Bindewort und „Konjunktiv" für die Aussageweise in Sätzen, die mit einem andern verbunden und von diesem abhängig sind. Entfernt verwandt ist auch noch die „Konjugation" für die „Verbindung" der verschiedenen Formen eines Zeitworts.) Unter der Konjunktur versteht man heute meistens das Zusammentreffen, die zeitliche Verbindung der auf die Wirtschaft einwirkenden Umstände, besonders im Handel das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, etwas allgemeiner die Zeitumstände, Zeitverhältnisse in der Wirtschaft, im Geschäftsgang. Wenn die Geschäfte „auf hohen Turen" gehen, spricht man von Hochkonjunktur. Es ist bezeichnend, daß dieses Wort erst mit der Hochkonjunktur so richtig aufgeblüht ist. Wir haben es jeweilen beziffert, und der Versuch wird bestätigen, daß man es ganz gut ersetzen kann

in Nrn. 2 und 17: Konjunkturpolitik durch Wirtschaftspolitik
" " 1, 7, 14, 23: konjunkturpolitisch durch wirtschaftspolitisch
" " 4: Konjunkturrückgang durch Geschäftsniedergang
" " 6, 16, 21: Konjunkturückbildung durch Abflauen des Geschäftsgangs

in Nr. 19: rückläufige Konjunktur durch Abflauen des Geschäftsgangs
„ „ 8: Konjunkturauftrieb durch Wirtschaftsaufschwung
„ „ 5: Konjunkturgestaltung durch Wirtschaftsgestaltung
„ „ 3, 10: Konjunkturausgleich durch Ausgleich der wirtschaftlichen Schwankungen
„ „ 13: Konjunkturschwankungen durch Wirtschaftsschwankungen
„ „ 20: Konjunkturzeiten durch Zeiten günstigen Geschäftsgangs
„ „ 15: Konjunkturperioden durch Wirtschaftsperioden
„ „ 18: Überkonjunktur durch Überspannung des Geschäftsgangs
„ „ 22: Hochkonjunktur durch Wirtschaftsblüte
„ „ 11: konjunkturgerecht durch wirtschaftsgerecht
„ „ 12: konjunkturbedingt durch zeitbedingt

Wir wollen keiner Amtsstelle zumuten, auf die „konjunkturbedingte" Blüte dieses Wortes gänzlich zu verzichten; Fremdwörter können ja eine Bereicherung unseres Wortschatzes bedeuten. Man kann aber seinen Wortvorrat auch durch deutsche Wörter bereichern, und wenn auf jenen zwei Seiten das Wort Konjunktur statt zwanzig- nur zehnmal erschienen wäre, so wäre das Ganze mindestens so schön, klar, verständlich und damit demokratisch geworden.

Bern ein „avant-poste de la terre française"?

Ein Mitarbeiter der Schweizerischen Politischen Korrespondenz (SPK, Sitz in Bern!) ist leider unlängst den Stadtbernern in einer wichtigen kulturellen Angelegenheit in den Rücken gefallen, indem er die außerhalb Berns wohnenden Deutschschweizer aufforderte, sich für eine französische Schule in Bern ins Zeug zu legen!

Es ist dies ein Thema, das den Bernern nun bald „zum Halse heraushängt", weil es lange genug zerredet worden ist. Nicht durch die Schuld der Einheimischen, sondern weil es der hinter der Forderung nach einer französischen Schule (oder Subventionierung der bestehenden Privatschule) stehende Kreis von Kulissenkämpfern auf jede Art und Weise immer wieder in die Diskussion geworfen hat, und zwar mit den ewig gleichen, längst widerlegten „Gründen", und mit dem Ziel, die widerspenstigen Bernerköpfe doch endlich mürbe zu machen. Bekanntlich ist gegenwärtig ein Antrag des bernischen Regierungsrates bei der gesetzgebenden Behörde anhängig, wonach den welschen Kan-